

Putin droht Westen mit Atomkrieg

Von

Patrick Diekmann

29.02.2024 - 15:55 Uhr

Wladimir Putin zieht im Ukraine-Konflikt bei seiner Rede zur Lage der Nation rote Linien – und droht dem Westen mit einem Atomkrieg. Der Kremlchef möchte damit die Nato spalten, aber er verärgert auch seinen wichtigsten Partner.

Es ist ein Auftritt, der Beobachter sehr an die mehrstündigen Monologe der früheren Generalsekretäre der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion erinnert. Wladimir Putin spricht am Donnerstag in seiner Rede zur Lage der Nation über die aktuellen Herausforderungen Russlands.

Die Propaganda-Ansprache des Kremlchefs in Moskau wirkt jedoch eher wie ein Schulreferat. Putin liest viel von seinen Aufzeichnungen ab, streut hin und wieder eine Folie mit Zahlen ein. Die Stimmung im Saal wirkt gedämpft, die vom Kreml ausgewählten Gäste blicken stundenlang emotionslos hoch zum Präsidenten. Gelegentlich gibt es höflichen Applaus.

Für Putin geht es auch darum, die Stimmung in Russland zu verbessern. Die russische Armee ist in der Ukraine zwar aktuell in der Offensive, aber das Land befindet sich nun seit zwei Jahren im Krieg – mit Hunderttausenden Toten. Auch deshalb nutzt der russische Präsident erneut die Gelegenheit, um Russland als Opfer des Westens zu präsentieren und um der eigenen Bevölkerung Geldgeschenke in Aussicht zu stellen.

Einerseits verzichtet Putin an diesem Donnerstag auf große Ankündigungen, aber seine Rede gibt Aufschluß über die aktuellen Ängste des russischen Präsidenten. So zieht er im Ukraine-Konflikt rote Linien für den Westen und droht mit einem Atomkrieg. Die Ansage Putins, dass westliche Ukraine-Unterstützer auch auf ihrem Territorium angegriffen werden könnten, gehöre zu Putins Taktik, den Westen in Aufregung zu versetzen. Putin wirkt siegessicher, mit seinen Drohgebärden dürfte er aber vor allem auch seinen wichtigsten Partner China verärgern.

Plötzlich wird es eisig im Saal

Putin ist siegessicher, droht aber trotzdem. Vor allem bei einem Teil seiner Rede wird es plötzlich eisig im Saal. Putin blickt finster ins Publikum, als er dem Westen vorwirft, die Gefahr eines Nuklearkonflikts heraufzubeschwören. "Sie sollten endlich begreifen, dass auch wir über Waffen verfügen, die Ziele auf ihrem Territorium treffen können", meint Putin. Es ist eine Drohung, wie sie der Kreml seit Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Jahr 2022 nicht mehr oft ausgesprochen hat.

Der Hintergrund ist klar: Im Westen wird zumindest darüber gesprochen, daß Soldaten aus Nato-Staaten auch in der Ukraine eingesetzt werden könnten. Das hatte der französische Präsident Emmanuel Macron am Montagabend überraschend nicht mehr ausgeschlossen – und die russische Propaganda nutzt diesen Vorstoß aus. Putin spricht an diesem Donnerstag darüber, daß der Westen "koloniale Gelüste" habe, er überall auf der Welt nationale Konflikte schüre.

Damit stellt der russische Präsident, der selbst am 24. Februar 2022 den Angriffsbefehl auf die Ukraine gab, Russland als Opfer dar. Er geht weiter auf Konfrontationskurs zur Nato und

zeigt keinerlei Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft – zumindest im Ukraine-Konflikt nicht. Er sieht angesichts der militärischen Lage keine Notwendigkeit, seinen Kurs zu ändern. Gemeinsam stark bis zum Sieg, ohne Rücksicht auf eigene Verluste.

"Sie haben über die Möglichkeit gesprochen, westliche Militärkontingente in die Ukraine zu schicken", sagt Putin in seiner Rede. Ein solcher Schritt hätte für die betreffenden Länder "tragische" Folgen, warnt er. "Alles, was sie sich derzeit einfallen lassen, womit sie die Welt erschrecken, schafft die reale Gefahr eines Konflikts mit dem Einsatz von Atomwaffen, was die Zerstörung der Zivilisation bedeutet."

Es war vor allem die russische Führung, die zumindest in den ersten Monaten nach Beginn der Invasion oft über den Einsatz von Atomwaffen sprach, um im Westen Ängste vor einer Eskalation zu schüren und um die westliche Unterstützung für die Ukraine zu schwächen. Putin zieht nun eine neue rote Linie: Nato-Soldaten dürfen nicht in der Ukraine operieren. Aber diese Linien gab es oft: Etwa bei Panzern oder Artilleriesystemen – und offenbar scheint es in Moskau auch große Sorge vor den Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern aus Deutschland zu geben, meinen Experten. Die befürchtete Eskalation blieb bisher aber aus.

Der Grund dafür liegt einfach darin, dass auch Putin kein Interesse an dieser Eskalation hat, weil er damit seine Kriegsziele nicht mehr erreichen kann. Wenn er in seiner Rede von einem "Ende der Zivilisation" durch den Einsatz von Atomwaffen spricht, ist das in erster Linie abschreckend gemeint. Es geht darum, die Nato vor einem Ausbau ihrer Initiativen abzuhalten.

Daß Putin allerdings überhaupt wieder auf diese Botschaften zurückgreifen muß, ist durchaus eine Überraschung: Immerhin hat seine Armee in der Ukraine aktuell die Initiative. Wie er in Moskau auch noch einmal betont, baut Russland seine Kriegswirtschaft weiter aus. Der russischen Industrie gelingt es, immer mehr Waffen, Munition und Kriegsgerät zu produzieren. Bislang scheint der Westen noch zu wenig entschlossen, Russen in dem Abnutzungskrieg die Stirn bieten zu wollen.

Der Kremlchef scheint sich aber darüber bewußt zu sein, dass der Westen im Kollektiv seine wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft hat. Sollten die westlichen Unterstützer der Ukraine also aus ihrem Winterschlaf der Debatten und des Zögerns erwachen, sähe es für Russland nicht wirklich gut aus.

Deshalb versucht Putin abzuschrecken, zu spalten, auch in seiner Rede zur Lage der Nation. So bietet er den USA Gespräche über "Fragen der strategischen Stabilität" an. Damit ist durchaus eine Verbesserung der Beziehungen gemeint, aber nur, bei allem, was das Thema Ukraine ausklammert. Das soll vor allem die Amerikaner um Donald Trump ansprechen, die den Ukraine-Konflikt als europäisches Problem sehen. Das nährt die Befürchtung, dass Putin darauf zielt, einen für die Ukraine schlechten Deal mit Trump zu schließen, falls er die US-Präsidentenwahl im November gewinnt.

Es gibt jedoch auch Gewissheit darüber, wen Moskau als Partner auf Augenhöhe sieht: nur die Vereinigten Staaten. Putin möchte nicht mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj über Frieden verhandeln, auch nicht mit der Europäischen Union. Die EU erwähnt

er mit keinem Wort, weil er ihr vermutlich als ordnungspolitische Macht keine Bedeutung geben will. Russland hat stets versucht, europäische Einigungen zu unterminieren, um seine machtpolitische Position zu stärken. Auch deshalb nimmt Putin Einfluss auf Länder wie Ungarn.

Die Zeichen stehen also weiter auf Konfrontation. Seine Lesart am Donnerstag: Die westlichen G7-Staaten werden ohnehin an Bedeutung verlieren, während die BRICS-Schwellenländer die Weltwirtschaft künftig dominieren werden. Der Westen wolle nur Russland kleinhalten, das Land teilen und seine Entwicklung verhindern.

Dabei ist es primär ein dominierendes BRICS-Land, das von Putins erneuten Atomdrohungen wenig begeistert sein dürfte. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar machte der chinesische Außenminister Wang Yi noch einmal deutlich, dass Peking das Spiel mit der atomaren Bedrohung missbilligt. Zuvor war es auf der Initiative von China zu verdanken, dass der Kreml in dem Bereich verbal abgerüstet hatte.

Putins erneute Drohung mit Nuklearwaffen ist deshalb auch eine Ohrfeige für seinen wichtigsten Partner. Das ist für die chinesische Führung ärgerlich, zumal die chinesische Friedensinitiative im Ukraine-Krieg bisher keinerlei Erfolge hatte. Für Chinas Selbstverständnis als Supermacht ist das ein schwerer Dämpfer, und es bleibt abzuwarten, wie Peking nun auf die erneuten Drohungen des Kremlchefs reagiert.

Im internationalen Teil von Putins Rede, der zwar klein, aber klar war, ließ Putin erkennen: Solange der Westen das Ziel verfolgt, Russland auf dem Schlachtfeld strategisch zu besiegen, ergeben Verhandlungen keinen Sinn. Die Erwähnung der prinzipiellen Möglichkeit, daß russische Raketen das Territorium westlicher Länder erreichen könnten, ist wahrscheinlich als Einladung zu Verhandlungen über eine strategische Stabilität gemeint. Die Botschaft: Wir sind keine Partner und werden auch in absehbarer Zukunft keine sein, aber wir müssen irgendwie existieren.

Wahlgeschenke für die Bevölkerung

Unter dem Strich gibt es darüber hinaus wenig Neues aus Moskau. Die angespannten Gesichter im Saal sind aber zumindest Ausdruck davon, daß das russische Narrativ einer kurzen Spezialoperation in der Ukraine mittlerweile völlig kollabiert ist. Die Opferzahlen sind hoch, neben den wirtschaftlichen Problemen des Landes schufteten viele Russinnen und Russen in 24-Stunden-Schichten in den Rüstungsfabriken.

Wie Putin betont, habe der Westen im Gegensatz dazu vergessen, was Krieg eigentlich bedeute. Aber natürlich gibt es auch in Russland Kriegsmüdigkeit und die wirtschaftliche Entkoppelung vom Westen, die Trauerfeiern für gefallene Soldaten und die Repressionen gegenüber der eigenen Bevölkerung zehren an den Nerven der russischen Bevölkerung.

Deswegen macht Putin in seiner Rede seiner Bevölkerung auch teure Geschenke: Der Mindestlohn soll erhöht, Kindergärten und Schulen restauriert, neue Sportanlagen gebaut werden. Russland soll wirtschaftlich souveräner werden, aber durch die technologische Entkoppelung vom Westen wird das besonders schwierig.

Insgesamt legt Putin auch kein Konzept für die Zukunft vor.

Er nennt keine Kriegsziele für die Ukraine und gibt auch nicht Aufschluß darüber, wie seine Sozialprogramme finanziert werden sollen. Das war auch nicht zu erwarten, immerhin

bewirbt sich Putin mit seiner Rede bei der russischen Präsidentschaftswahl ab dem 15. März auch um eine neue Amtszeit. Diese Wahlen sind zwar weder frei noch fair, aber er möchte natürlich trotzdem ein gutes Ergebnis erzielen. Es gibt folglich dieser Tage sehr viel, das in Russland an die ehemalige Sowjetunion erinnert – auch über Putins Rede hinaus.

Putin präsentierte der Öffentlichkeit zwar ein grandioses Programm zur Umgestaltung des Landes im Sinne einer echten Souveränität.

Es ist jedoch nicht klar, welche Organisation diese Pläne erfolgreich umsetzen soll. Da die angekündigten Veränderungen in der Produktions-, Sozial- und Wissenschaftsinfrastruktur aus dem Haushalt finanziert werden sollen, ist zu befürchten, daß die verfügbaren Mittel des Staates nicht ausreichen.

Putin ging auch auf Äußerungen von Frankreichs Präsident Macron ein, der den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine nicht gänzlich ausgeschlossen hatte. Putin machte unmissverständlich klar, daß ein Interventionsversuch die Gefahr eines nuklear bewaffneten Großkonflikts in sich berge. Das ist eine klare Warnung. Es ist in der Tat nicht auszuschließen, daß die militärisch-politischen Kreise Russlands den Einsatz von Atomwaffen beschließen könnten, wenn die Gefahr eines Krieges mit der NATO droht.

Aber gemach! Putin hätte seine Anhänger und Gegner enttäuscht, wenn er in seiner Rede nicht wenigstens einmal das Atomwaffenarsenal seines Landes erwähnt hätte. Doch eine akute Gefahr, daß Kernwaffen zum Einsatz kommen könnten, läßt sich daraus nicht ableiten.

Vielmehr versuchte Putin damit, der russischen Gesellschaft zu versichern, daß das Land trotz des Krieges in der Ukraine stark bleibe. Er hält an seinen Kriegszielen wie der Eroberung Odessas und Kiews fest. Die westlichen Verbündeten Kiews sollte das dazu bewegen, die Ukraine stärker zu unterstützen. Größere Vorsicht aufgrund der Sorgen vor einem – sehr wenig wahrscheinlichen – Atomkrieg wäre fehl am Platze.

Die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen ist wahrscheinlich ein Bluff: China, ein wichtiger Verbündeter Russlands, hat bereits hinter verschlossenen Türen und auch öffentlich deutlich gemacht, daß es eine solche Aktion nicht unterstützen würde. Doch nach einer Reihe ukrainischer Rückschläge auf dem Schlachtfeld fühlt sich Moskau nun selbstbewußter denn je und ist bereit, den Zermürbungskrieg fortzusetzen.
